

Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/7999

08. 02. 2008

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 4. Februar 2008

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

15. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Wie viele Beamte der Bundespolizei werden im Rahmen der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Reform der Bundespolizei aus einzelnen Bundesländern aus dem Grenzeinzeldienst abgezogen, und in welchen dieser Länder werden die ehemaligen Grenzaufgaben, einschließlich der Kontrolle der Bahnhöfe und der Kommunikation und Kooperation mit den Polizeien der Nachbarländer, von den Polizeien der Länder übernommen?

Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning vom 7. Februar 2008

Die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei nehmen ihre einzeldienstlichen Aufgaben nach dem Bundespolizeigesetz integrativ wahr (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Bundestagsdrucksache 16/7585).

Es ist daher nicht aufschlüsselbar, wie viele Beamte der Bundespolizei aus dem grenzpolizeilichen Einzeldienst abgezogen werden.

In keinem Bundesland werden grenzpolizeiliche Aufgaben von den Ländern zusätzlich übernommen werden.

16. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Welche Wachen der Bundespolizei sollen im Rahmen der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Reform der Bundespolizei bis Ende 2009 geschlossen bzw. durch Diensträume ersetzt werden, die dem Publikum nicht zugänglich sind (bitte einzeln auflisten mit Datum der geplanten Schließung der Wachen bzw. deren Umwidmung)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning vom 7. Februar 2008

Die Bundespolizei kennt in der heutigen Organisation keine Wachen.

Soweit mit diesem Begriff Einsatzabschnitte gemeint sind, werden im Zuge der Neuorganisation die Einsatzabschnitte in der Regel zu Revieren umbenannt. Lediglich in zehn Fällen werden aus Einsatzabschnitten Dienstverrichtungsräume und in 33 Fällen werden Einsatzabschnitte vollständig aufgegeben. Ein genaues Datum steht noch nicht fest. Welche Nutzung diese Liegenschaften dann erhalten sollen, wird einzelfallbezogen geprüft.